

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Nachmittag), 24. Januar 2017

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

**20 2016.RRGR.1015 Motion 225-2016 Kummer (Burgdorf, SVP)
RBS-Depot Bätterkinden: Betroffene und Verbände endlich ernst nehmen
Richtlinienmotion mit Ausnahme von Ziffer 1**

Vorstoss-Nr.: 225-2016
Vorstossart: Motion
Eingereicht am: 21.11.2016
Eingereicht von: Kummer (Burgdorf, SVP) (Sprecher/in)
Gschwend-Pieren (Lyssach/Oberburg, SVP)
Grimm (Burgdorf, glp)
Aeschlimann (Burgdorf, EVP)
Zäch (Burgdorf, SP)
Sommer (Wynigen, FDP)
Freudiger (Langenthal, SVP)
Rüfenacht (Biel/Bienne, Grüne)
Weitere Unterschriften: 8
Dringlichkeit gewährt: Ja 24.11.2016
RRB-Nr.: 1436/2016 vom 21. Dezember 2016
Direktion: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

RBS-Depot Bätterkinden: Betroffene und Verbände endlich ernst nehmen

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. in Ausübung der Aktionärsrechte (insbesondere unter Anweisung des Behördenvertreters im Verwaltungsrat) und/oder in seiner Funktion als politischer Vermittler darauf hinzuwirken, dass zum beabsichtigten Standort für ein RBS-Depot im Raum zwischen Bern und Solothurn eine repräsentative Begleitgruppe unter Einbezug der betroffenen Privaten, Körperschaften und Verbänden (u. a. Gemeinden, IG Bätterkinden, Berner Heimatschutz, Umwelt- und Naturschutzverbände, Berner KMU) zur Suche eines geeigneten Standorts eingesetzt wird
2. bis zum Abschluss dieses ergebnisoffenen Prozesses seinen Entscheid über einen Standorteintrag bzw. eine Vormerkung im Richtplan zu sistieren

Begründung:

Der Regionalverkehr Bern-Solothurn (kurz: der RBS) will im Raum zwischen Bern und Solothurn ein Depot bauen, um den Angebotsausbau mittel- und langfristig logistisch bewältigen zu können. Dass die wachsende Nachfrage nach Dienstleistungen im öffentlichen Verkehr auch entsprechende Depotstandorte erfordert, steht ausser Frage. Dennoch weckt das Vorgehen des RBS Zweifel. Die Studie von IC Infraconsult im Auftrag des RBS, die den Standort «Leimgrube» in Bätterkinden als den am besten geeigneten erachtet, arbeitet mit vagen Kriterien (Ampelkriterien «grün», «gelb» und «rot») und gewichtet regelmässig die RBS-eigenen Interessen (Betrieb, Finanzen) hoch, dagegen haben beispielsweise raumplanerische und umwelt-, natur- und heimatschutzrechtliche Interessen zu wenig Gewicht. Man kommt nicht umhin festzustellen, dass die Interessen des Auftraggebers auf die Ergebnisse der Studie durchgeschlagen haben. Der Standort «Leimgrube» würde beispielsweise zu einer Beeinträchtigung von Fruchtfolgeflächen und eines eingedolten Gewässers führen. Zudem würde durch die vorgesehene Zufahrt eine direkte Angrenzung an einen lärmschutzrechtlich empfindlichen Raum bestehen.

Betroffene und Verbände wurden bisher nicht ernsthaft angehört. Dass noch eine öffentliche Mitwirkung zum geplanten Standort durchgeführt wird, ist zwar zu begrüssen. Indes hat der RBS bereits

klar gemacht, dass er den Standort «Leimgrube» bevorzugt. Die unverbindliche Mitwirkung erfolgt deshalb unter einer unnötigen Präjudizierung des Ergebnisses und unter verengten Scheuklappen. Ein ergebnisoffener Lösungsprozess ist so nicht gewährleistet, im Gegenteil droht die Mitwirkung zu einer Alibiübung zu werden.

Die vorliegende Motion setzt bei dieser Problematik an und fordert einen ernsthaften Einbezug aller betroffenen Privaten, Körperschaften und Interessengruppen. Konkret soll eine repräsentative Begleitgruppe eingesetzt werden für einen ergebnisoffenen Prozess bei der Standortsuche. Bei der Standortsuche der BLS im Riedbach Bern wurde ein solches Modell mit Erfolg umgesetzt; dieses Modell kann hier als Vorbild dienen. Der ernsthafte Einbezug der Betroffenen und der Verbände gewährleistet letztlich auch eine bessere Akzeptanz des Ergebnisses und vermeidet gegebenenfalls gar langwierige juristische Auseinandersetzungen. Insoweit dient die Einsetzung einer Begleitgruppe nicht der Verzögerung, sondern bei ganzheitlicher Betrachtung der Beschleunigung der Lösungsfindung.

Die Motion beauftragt den Regierungsrat, einerseits als Aktionär (hier insbesondere über seinen Behördenvertreter im Verwaltungsrat) und andererseits in seiner Rolle als politischer Konfliktlöser den RBS zur Einsetzung einer Begleitgruppe zur Standortsuche zu veranlassen. Unmittelbar mit diesem Begehren verbunden ist eine Neukonzeption des bisher allzu gedrängten Zeitplans. Ein Richtplaneintrag vor Abschluss der Arbeit der einzusetzenden Begleitgruppe, auch als Vormerkung, präjudiziert unnötig die Lösungsfindung. Die Motion verlangt deshalb vom Regierungsrat weiter, den Entscheid über eine Vormerkung bzw. einen Richtplaneintrag nicht wie derzeit geplant im Mai 2017 (oder allenfalls gar März 2017) zu fällen, sondern zuerst das Ergebnis der Arbeit der einzusetzenden Begleitgruppe abzuwarten.

Begründung der Dringlichkeit: Der Zeitplan für einen Richtplaneintrag bzw. eine Vormerkung ist überaus gedrängt. Im März 2017 soll die öffentliche Mitwirkung hierzu enden und bereits im Mai 2017, allenfalls gar März 2017, soll der Regierungsrat voraussichtlich über den Richtplaneintrag bzw. die Vormerkung befinden (<http://www.rbs.ch/depotplanung>). Um das motionierte Anliegen (Einsetzung einer Begleitgruppe und Abwarten des Ergebnisses vor dem Standorteintrag/der Vormerkung im Richtplan) nicht seines Gehalts zu entleeren, muss der Vorstoss im Grossen Rat vor Ablauf der Mitwirkung und vor der geplanten regierungsrätlichen Beschlussfassung im Mai 2017 (oder allenfalls gar März 2017) behandelt werden.

Antwort des Regierungsrats

Ziffer 2 der vorliegenden Motion behandelt ein Thema im abschliessenden Zuständigkeitsbereich des Regierungsrates (Richtlinienmotion). Der Regierungsrat hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grades der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrages, und die Entscheidverantwortung bleibt beim Regierungsrat.

Der Regierungsrat nimmt zur Kenntnis, dass auch für die Motionäre die Notwendigkeit eines neuen Bahndepots für den Regionalverkehr Bern-Solothurn (RBS) unbestritten ist. Die Bahnlinien des RBS sind die am stärksten frequentierten Linien der S-Bahn Bern. Sie befördern in den Hauptverkehrszeiten über 9000 Personen pro Stunde. Das sind etwa gleich viele Personen wie Fahrzeuge auf der Grauholzautobahn. Die Bahn leistet damit einen unerlässlichen Beitrag an eine funktionierende Mobilität in einem sehr dynamischen Wirtschaftsraum. Sie ist ein attraktives, platzsparendes und leistungsfähiges Transportmittel und hilft mit, das teilweise überlastete Strassennetz im Korridor nördlich und östlich Berns substanziell zu entlasten. Für den Kanton Bern und die betroffenen Gemeinden ist es zentral, dass die wirtschaftliche Dynamik der Region erhalten werden kann. Das Strassen- und Bahnnetz muss dafür leistungsfähig bleiben. Deshalb ist ein Ausbau des Infrastruktur- und Bahnangebotes in den nächsten Jahren unerlässlich, was die Beschaffung von zusätzlichen Zügen und ein neues Depot notwendig macht. Für dieses wird eine Fläche von gut drei Hektaren benötigt. Die heutigen Depotanlagen an den bestehenden Standorten werden weiterhin benötigt und soweit möglich als Abstellanlagen genutzt.

Der Regierungsrat hält fest, dass die Motion das vom RBS gewählte Verfahren für die Standortevaluation unvollständig und teilweise sogar falsch beschreibt. Aus Sicht des Regierungsrates hat der RBS von Beginn an ein zweckmässiges und transparentes Verfahren gewählt und die betroffenen sowie interessierten Kreise einbezogen. Das Vorgehen des RBS lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Der RBS hat in einem ersten Schritt aus betrieblich-finanzieller Sicht einen Standort nördlich von

Bätterkinden als bestgeeignet eingeschätzt. An einer öffentlichen Informationsveranstaltung in der Gemeinde und gemeinsam mit dem Gemeinderat wurden die Bevölkerung und Medien über die Standortsuche informiert und dabei auch die Vorgehensweise offengelegt. Es wurde explizit dargelegt, dass es sich um ein Zwischenergebnis handelt und in der anschliessenden Phase die Bewertung der raumplanerischen, landschaftlichen und ökologischen Aspekte folgen würde. An der Veranstaltung wurde die Bevölkerung eingeladen, weitere Standorte zur Prüfung anzumelden.

In einer zweiten Phase erfolgte eine Gesamtbetrachtung durch ein unabhängiges, vom RBS beauftragtes Umweltbüro unter Mitwirkung von RBS und einer Delegation des Gemeinderates Bätterkinden. Es wurden alle bis dahin geprüften Standorte sowie die zusätzlich von der Bevölkerung vorgeschlagenen Standorte beurteilt. Die total 24 Standorte wurden anhand von 28 Kriterien in den Bereichen Betrieb, Finanzen, Raumplanung, Landschaft und Umwelt geprüft. Methodisch lehnt sich das Vorgehen an jenes der Begleitgruppe für die Standortsuche der BLS an. Die Methodik wurde mit der Stiftung Landschaftsschutz vorbesprochen und von dieser Seite als für gut befunden. Die Studie ist öffentlich.

Auch in dieser erweiterten Prüfung wurde Bätterkinden als bestgeeignete Standortgemeinde bestätigt. Unter Berücksichtigung aller Kriterien schnitt das Areal «Leimgrube» direkt beim Bahnhof Bätterkinden allerdings am besten ab, besser also, als der aus betrieblich-finanzieller Sicht vom RBS bis dahin favorisierte Standort weiter nördlich, welcher sich mitten im Kulturland befindet und viel mehr Fruchtfolgeflächen beansprucht hätte. Der RBS entschied sich in der Folge wegen raumplanerischer, landschaftlicher und ökologischer Überlegungen für diesen neuen Standort.

Der vorgesehene Standort «Leimgrube» zeichnet sich durch wichtige Vorteile aus: Das Areal liegt (im Gegensatz zu allen anderen geprüften Standorten) nur teilweise auf Landwirtschaftsland. Ein Teil des Areals ist bereits eingezontes Industrieland mit versiegelter Bodenfläche. Die nächstgelegenen Grundstücke sind als Arbeits- resp. Mischzonen eingezont und bebaut. Direkt angrenzend befindet sich ein grosser Industriebau; das Ortsbild wird kaum beeinträchtigt. Die Anlage ist keine Insellösung im Grünen, sondern grenzt an bebautes Siedlungsgebiet. Es gibt keine Konflikte mit dem Waldgesetz oder mit Wildwechselkorridoren. Die Lage beim Bahnhof ermöglicht einen hochproduktiven Betrieb, da kaum Leerfahrten zum Startpunkt des Fahrplans nötig und Schichtablösungen direkt am Einsatzort möglich sind.

Zusammenfassend ist der Regierungsrat der Ansicht, dass die Depotsuche des RBS nicht vergleichbar ist mit derjenigen der BLS. Der RBS hat in einem zweckmässigen und umfassenden Verfahren alle möglichen Standorte untersucht und dabei die interessierten und betroffenen Kreise einbezogen sowie regelmässig und transparent informiert. Der RBS hat das Glück, dass anders als bei der BLS ein geeigneter Standort gefunden wurde, welcher nur wenig Kulturland benötigt und die Zielsetzungen von Raumplanung und Landschaftsschutz sehr gut erfüllt. Ein Vergleich mit der BLS ist auch allein aufgrund der Grösse falsch. Das RBS-Depot benötigt rund 3 Hektaren-Land, was nur einem Fünftel der Fläche des BLS-Depots entspricht. Entsprechend ist eine Begleitgruppe nach BLS-Vorbild nicht mehr notwendig und auch nicht zielführend. Sie würde keinen besseren Standort bringen und lediglich Zeit und Geld kosten, welches letztlich die Bürgerinnen und Bürger als ÖV-Benutzende und Steuerzahlende zu begleichen hätten.

1. Wie eingangs dargelegt, ist der Regierungsrat der Ansicht, dass die Depot-Suche des RBS nicht vergleichbar ist mit derjenigen der BLS. Ein Rückkommen auf den Standortentscheid lehnt der Regierungsrat ab. Das Verfahren des RBS war sachgerecht und transparent. Es hat zum bestmöglichen Standort geführt. Der Regierungsrat hat selbstverständlich Verständnis für die Direktbetroffenen. Der RBS hat sich bereits bereit erklärt, im Hinblick auf das Bauprojekt die Direktbetroffenen und den Gemeinderat in eine Begleitgruppe einzubeziehen. Der Regierungsrat wird sich gegenüber dem RBS dafür einsetzen, dass dieser die Anliegen der Gemeinde sowie der Betroffenen bestmöglich berücksichtigt. Schliesslich erinnert der Regierungsrat daran, dass der Aktienanteil des Kantons am RBS 35 Prozent beträgt. Der Kanton Bern ist zwar der grösste Aktionär, verfügt aber über keine Mehrheit. Auch diesbezüglich ist der Sachverhalt anders als bei der BLS.
2. Vorhaben mit gewichtigen Auswirkungen auf Raum und Umwelt müssen gemäss Art. 8 Abs. 2 des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes (RPG) zwingend eine Grundlage im Richtplan haben. Das RBS-Depot stellt ein solches Vorhaben mit Auswirkungen auf Raum und Umwelt dar. Der Bedarf nach einem neuen Depot- und Abstellanlagenstandort ist gemäss dem kantonalen Amt für öffentlichen Verkehr und Verkehrskoordination (AÖV) gegeben. Weil diese Anlage nötig ist, um das kantonale Angebotskonzept des ÖV umzusetzen, hat sie kantonale Bedeutung. Das AÖV hat deshalb – und auf Grundlage der Standortevaluation des RBS – beantragt, den Standort Bätterkinden, Leimgrube, in das Massnahmenblatt B_04 «Im öffentlichen Regional-, Agglo-

merations- und Ortsverkehr Prioritäten setzen» aufzunehmen. Die Prüfung durch die Fachstellen des Kantons hat ergeben, dass das Vorhaben den erforderlichen Reifegrad hat, um in den kantonalen Richtplan aufgenommen zu werden. Der Bericht des RBS zur Standortwahl ist umfassend und nachvollziehbar. Das Verfahren für die Aufnahme in den Richtplan ist in Art. 104 BauG geregelt und beinhaltet unter anderem auch ein Mitwirkungsverfahren (Art. 58 BauG). Die öffentliche Mitwirkung dauert vom 9. Dezember 2016 bis zum 8. März 2017 und erlaubt allen interessierten und beteiligten Gemeinwesen, Verbänden, Parteien sowie Bürgerinnen und Bürger, sich zum entsprechenden Vorhaben zu äussern. Gestützt auf die Mitwirkungseingaben überprüft anschliessend die JGK in Zusammenarbeit mit der BVE die Richtplanänderungen und beantragt dem Regierungsrat die entsprechende Richtplananpassung zum Beschluss. Aufgrund dieses Sachverhalts sieht der Regierungsrat keine Veranlassung, die laufenden Arbeiten zur Festlegung des RBS-Depots im Richtplan zu sistieren.

Der Regierungsrat beantragt:

Ablehnung

Präsident. Wir kommen zu Traktandum 20. Der Vorstoss wurde in ein Postulat gewandelt. (*Rückmeldungen aus dem Saal. Offensichtlich liegt ein Irrtum bezüglich der Form des Vorstosses vor.*) Ist es ein Postulat? – Nein. Entschuldigung, ich habe hier eine entsprechende Notiz. (*Der Präsident wendet sich an Grossrat Kummer.*) Bleibst du bei der Motion? – Es tut mir leid, ich habe hier im «Drehbuch» einen Fehler. Traktandum 20 bleibt als Motion aufrechterhalten. Der Regierungsrat lehnt den Vorstoss ab. Wir führen eine freie Debatte.

Hugo Kummer, Burgdorf (SVP). Einleitend möchten wir Motionärinnen und Motionäre, aber auch der Gemeinderat und die IG aus Bätterkinden, anerkennen, dass der Ausbau des ÖV und die Notwendigkeit eines neuen RBS-Depots auf dieser Strecke unbestritten sein muss. Hier soll ganz klar gesagt werden, dass es wirklich unbestritten ist.

Was wollen wir eigentlich mit unserer Motion? Die Motion will, dass eine Begleitgruppe zur Suche eines neuen Standorts der RBS im Raum zwischen Bern und Solothurn eingesetzt wird. Vor allem sollen auch alle Betroffenen, insbesondere die Gemeinde Bätterkinden, ernst genommen werden. Wenn man dies tut, werden die Verhandlungen dadurch viel einfacher, und dann könnte man das Vorhaben auch problemlos definitiv in den Richtplan aufnehmen. Im Gegensatz zu den Aussagen der Regierungsantwort ist man der Überzeugung, dass die bisher gewählten Verfahren für die Standortevaluation des neuen RBS-Depots nicht zweckmässig und nicht transparent vollzogen wurden. Im Gegenteil: Der Gemeinderat und ein Grossteil der Bevölkerung – die IG besteht heute aus 665 Leuten, was immerhin fast einem Viertel der Bevölkerung entspricht – sind unglücklich und empört über die einseitige und überhebliche Entscheidungsfindung, die über die Köpfe des Gemeinderats und der Bevölkerung hinweg erfolgt ist. Ein so wichtiges Projekt von so grossem Ausmass im Dorf Bätterkinden gegen den Willen der Betroffenen durchzusetzen, verspricht langfristig keinen grossen Erfolg. Ich befürchte beispielsweise Folgen, wenn das Projekt in dieser Form erzwungen wird. Eine grosse Mehrheit des Gemeinderats und der Bevölkerung lehnen den von der RBS gewählten Standort vehement ab. Der Gemeinderat hat die RBS-Direktion kürzlich mittels eingeschriebenem Brief dazu aufgefordert, endlich auf der Webseite den Satz zu streichen, wonach der Gemeinderat bei der Standortevaluation einbezogen wurde und mitgewirkt habe. Diese Streichung ist jetzt endlich erfolgt. Das ist für mich doch ein klares Eingeständnis, dass hier Fehler gemacht wurden und dieser Einbezug eben nicht erfolgte.

An einer öffentlichen Informationsveranstaltung wurde die Bevölkerung dazu aufgerufen, weitere Standorte zur Prüfung anzumelden. Diese Möglichkeit des Einbezugs hat die Bevölkerung aber leider zu keiner Zeit wahrgenommen. Die Firma Infraconsult hat die Studie erarbeitet, bei der 24 Standorte bewertet wurden. Im Mai konnte man der Studie in Kapitel 4 zu den Ergebnissen der Standortbeurteilung entnehmen, dass sich der Standort Jegenstorf deutlich als Sieger präsentiert hatte. Trotz einer Favorisierung von Jegenstorf präsentiert sich drei Monate später unerwartet Bätterkinden als bestgeeigneter Standort ohne Mitwirkung des Gemeinderats. Das ist eigentlich seltsam, wenn eine Gemeinde nichts mehr zu einem Standort zu sagen haben soll.

Weiter weist der Regierungsrat darauf hin, dass die Suche nach einem Depot nicht vergleichbar mit dem Projekt der BLS sein soll. Das ist uns auch klar. Natürlich braucht es nicht eine derart grosse Fläche wie jene des BLS-Depots. Aber in Bätterkinden werden wesentlich mehr Bewohner betroffen sein. Bei einem Normalbetrieb wird vorausgesagt, dass die Anwohner im Raum Bahnhof sage und

schreibe noch drei Stunden Nachtruhe, von halb zwei Uhr nachts bis morgens um halb fünf Uhr, haben.

Deshalb setzen wir uns für eine Begleitgruppe ein. Diese soll aktiv und konstruktiv nach Lösungen suchen. Nur dann wird sich ein Erfolg einstellen, sodass das Projekt realisiert werden kann. Wenn es soweit ist, stellt sich auch kein Problem, das Vorhaben definitiv in den Richtplan aufzunehmen. Das Fazit lautet eigentlich, dass alle den ÖV brauchen – das ist absolut wichtig –, aber die Gemeinden und die Bevölkerung unbedingt ernst genommen werden müssen. Darum sagen Sie doch unbedingt ja zu dieser Motion! Wir verlangen nichts Unmögliches. Aber mit Gesprächen kann man viele Probleme lösen, und das bringt den Erfolg.

Präsident. Wir haben noch Wortmeldungen von zwei Mitmotionären. Zuerst erteile ich Grossrätin Rüfenacht für drei Minuten das Wort.

Daphné Rüfenacht, Biel/Bienne (Grüne). Aufgrund der schlechten Erfahrungen im Fall des BLS-Depots habe ich mich als Mitmotionärin für eine Begleitgruppe eingesetzt. Seit der Einreichung der Motion habe ich mich vertieft durch die Befragung von Mitgliedern der IG Bätterkinden und der RBS informiert. Die Grünen und ich setzen uns für eine platzsparende und sinnvolle Raumplanung mit kurzen Verkehrswegen ein. Dabei soll der ÖV gegenüber dem motorisierten Individualverkehr eindeutig bevorzugt werden. Der Bedarf des RBS-Depots ist unbestritten. Ein neues Depot wird entsprechend Boden beanspruchen. Ein Depot braucht ebenes Land. Man kann es nicht am Hang bauen. Es ist auch nicht möglich, ein Depot mehrstöckig zu bauen – das ist einfach ein Grundsatz –, ausser man könnte oben Büros anbauen. Gemäss den Aussagen der RBS ist das durchaus denkbar. Die Grünen und ich wollen keine Zersiedelung. Das Depot muss daher am Siedlungsrand und nicht auf der grünen Wiese gebaut werden. Ich hoffe, dass das Projekt redimensionierbar ist, damit der Bodenbedarf auf ein Minimum reduziert werden kann.

Nach ausführlichen Informationen durch die RBS und der Antwort der Regierung habe ich meine Meinung zum Eintrag in den Richtplan respektive zu Ziffer 2 der Motion geändert. Die Standortwahl wurde mir ausführlich und sachlich dargelegt. Der Standort der RBS erfüllt meiner Meinung nach auch die Kriterien einer sorgfältigen Raumplanung. Geeignet wäre unter anderem auch eine Industriezone neben dem bestehenden Standort der Landi. Die Nähe zum Bahnhof wird zur Folge haben, dass weniger Parkplätze nötig sind. Viele Mitarbeiter werden mit dem Zug anreisen können. Das ist ganz in unserem Sinn. Ich bin somit einverstanden, dass die neue Abstellanlage bereits als Zwischenergebnis in den Richtplan aufgenommen werden soll und lehne dementsprechend Ziffer 2 der Motion ab. Ich unterstreiche dabei, dass es sich nicht um eine sogenannte Festsetzung handelt, sondern um ein Zwischenergebnis. Eine Festsetzung würde ich zum aktuellen Zeitpunkt nicht unterstützen. Ich war zum Zeitpunkt der Einreichung der Motion zu wenig informiert. Für eine Begleitgruppe bin ich grundsätzlich noch offen, wenn eine solche weiterhin gewünscht wird. Dieser Begleitgruppe sollten meiner Meinung nach sicher die Gemeinde und die verschiedenen Interessengruppen angehören. Der Auftrag müsste jedoch anders formuliert werden. Ich beantrage daher eine ziffernweise Abstimmung, damit wir uns entsprechend differenziert äussern können.

Präsident. Als weiterer Mitmotionär spricht Herr Grossrat Grimm.

Christoph Grimm, Burgdorf (glp). Wir konnten in den Schlagzeilen vieles lesen. Hugo Kummer hat es dargestellt. Es ist eine Tatsache: Die RBS braucht ein neues Depot. Es ist auch eine Tatsache – und ich begrüsse das sehr –, dass die Kapazitäten ausgebaut und entsprechend angepasst werden. Es ist aber auch ziemlich klar und geht aus dem Bericht der Regierung sowie den Abklärungen der RBS hervor, dass Bätterkinden oder die Region Bätterkinden ein idealer Standort sein kann. Ich bin nicht Mitmotionär, weil ich Bätterkinden von diesem Standort befreien will. Mir geht es lediglich um den Prozess. Dabei steht Aussage gegen Aussage. Die einen sagen, sie wären nicht begrüsst worden, während die anderen sagen, sie hätten alle begrüsst. Tatsache scheint, dass etwas mitten im Spiel entschieden wurde, aber nicht mehr alle dabei waren. Eine Begleitgruppe – die RBS hat mir das bestätigt – wird nur noch in Bezug auf den Standort Leimgrube eingesetzt, also nur noch hinsichtlich der Ausgestaltung des Projekts. Das bringt an und für sich nicht mehr sehr viel. Ich und die Mehrheit der glp sind der Meinung, dass man an dieser Stelle den Prozess noch einmal aufrollen sollte. Dies, weil wir eine grosse Zeitverzögerung verhindern wollen. Stellen Sie sich vor: Über 600 Leute sind dieser IG beigetreten. Das heisst, sie wollen noch einmal diskutieren. Wenn all diese Leute Einsprache machen, dann haben wir in Bätterkinden ein Riesenproblem. Bitte helfen

Sie, den Prozess noch einmal aufzurollen, damit wir danach nicht eine unendliche Geschichte haben. Dadurch entsteht vielleicht eine Verzögerung von einem Jahr. Aber ich möchte keine unendliche Geschichte infolge von Einsprachen, die schlussendlich noch vor Bundesgericht landen. Die gIp wird die Motion mehrheitlich überweisen.

Präsident. Wir gehen jetzt die Liste der Fraktionssprecher durch.

Bernhard Riem, Iffwil (BDP). Die BDP-Fraktion hat sich ausserordentlich intensiv mit dieser Motion und dem Anliegen vieler Bürger und Bürgerinnen von Bätterkinden befasst. Das Thema ist emotional und löst bei vielen Leuten Ärger aus. Den Direktbetroffenen entstehen unmittelbare Nachteile. Die Forderung nach einer repräsentativen Begleitgruppe ist ein Mittel zur Einflussnahme auf den Standortentscheid. Die Einflussnahme durch den Grossen Rat hat Gewicht, ist aber nicht von rechtlicher Verbindlichkeit.

Was spricht für eine Begleitgruppe? Erstens hatte die Begleitgruppe BLS Verbesserungen beim Kulturlandschutz und der zukünftigen Akzeptanz bei der Bevölkerung gebracht. Direktbetroffene gibt es aber nach wie vor, einfach andere. Zweitens gingen die Bahnverantwortlichen in einem forschen Tempo vor. Seitens der IG wird bemängelt, dass der Faktor Mensch nicht genügend berücksichtigt und der Gemeinderat übergangen wurde. Eine Begleitgruppe könnte auf Basis der Studie oder einer Zweituntersuchung den Standort noch einmal überprüfen. Es wäre gut möglich, dass am Ende der Standort Leimgrube bleibt.

Was spricht gegen eine Begleitgruppe? Erstens ist in Bätterkinden die Ausgangslage eine andere als bei der BLS. Das Depot ist fünfmal kleiner, die Auswirkungen sind nicht vergleichbar, und der erste Standort, der vorgeschlagen wurde, hatte provoziert und Opposition ausgelöst. Erst danach erarbeitete die Firma Infraconsult eine Studie. Diese Studie beurteilen wir als aussagekräftig, transparent und seriös. Die Mehrheit unserer Fraktion äussert zweitens grundsätzliche Bedenken, eine Begleitgruppe zu schaffen. Wir befürchten, dass zukünftig bei allen grösseren Bauvorhaben die Forderung nach einem solchen Gremium kommt, also bei jeder Ortsumfahrung, bei Wasserbauprojekten, Polizeizentren, Wasserkraftzentren, Pouletmasthallen usw. Dieselbe Problematik haben wir auch bei der allgegenwärtigen Einflussnahme von Schutzorganisationen, Kommissionen zur Pflege von Orts- und Landschaftsbildern (OLK), Fachstellen usw. Drittens muss jedes Bauprojekt nach den gesetzlichen Bestimmungen geplant, bewilligt und ausgeführt werden. Die RBS haben ihre Vorgaben. Die Gemeinden und die Bürgerinnen und Bürger haben ihre klar definierten Rechtsmöglichkeiten, zum Beispiel im Moment die Mitwirkung. Viertens sind die RBS ein privates Unternehmen mit einem öffentlichen Auftrag. Das scheint uns wichtig zu sein. Der Grosse Rat würde gegenüber anderen Unternehmungen mit Investitionsvorhaben ein zweifelhaftes Zeichen setzen. Wir haben diese Aspekte in der BDP-Fraktion gegeneinander abgewogen. Mehrheitlich werden wir die Motion mit wenigen Gegenstimmen ablehnen. Wir fordern von der RBS den Einbezug aller lokaler Akteure und zwar über das gesetzliche Mindestmass hinaus. Das Ernstnehmen der Direktbetroffenen wird hoffentlich eine verträgliche Lösung ermöglichen.

Markus Aebi, Hellsau (SVP). Der neue Standort, der gebaut werden soll, ist wirklich ein emotionales Thema im Raum Bätterkinden. Die RBS sind für die Region ein wichtiger ÖV-Carrier. Diese Bahn ist eigentlich eine Erfolgsgeschichte. Sie hat letztlich zu einer Entwicklung der Gemeinden entlang dieser Strecke geführt. Auch Bätterkinden hat sich im Verlauf der Jahre von einem landwirtschaftlich geprägten Dorf zu einer attraktiven Wohngemeinde auf dem Land entwickelt. Die RBS hat in dieser Entwicklung eine wichtige Rolle gespielt. So entstehen neue Quartiere, gerade auch in nächster Zeit unmittelbar am Bahnhof, einen Steinwurf vom neu geplanten RBS-Depot entfernt. Man geht davon aus, dass an diesem Bahnhof in zwei Jahren auf einen Viertelstundentakt übergegangen wird. Diese neue Verkehrsanbindung macht die Gemeinde noch attraktiver, insbesondere als Wohnstandort auf dem Land. Der Gemeinderat und die Bevölkerung von Bätterkinden anerkennen die Bedürfnisse und die Ausbauschritte der RBS. Wenn sich der Gemeinderat gegen den Standort Leimgrube wehrt, hat dies nichts mit einem Nein gegenüber der Bahn zu tun. Die Leimgrube als neu geplantes Depot unmittelbar am Bahnhof ist strategisches Entwicklungsgebiet für die stark wachsende Gemeinde. Das Land in unmittelbarer Bahnhofnähe ist attraktives Wohngebiet und attraktiv aus Sicht der Wertschöpfung für die Gemeinde.

Der Prozess für die Standortsuche hatte eigentlich gut begonnen. Man sprach miteinander, hielt im letzten Mai Orientierungsversammlungen ab, und im Verlauf der Sommerferien liess die RBS diesen Bericht erstellen. Das Resultat wirft eigentlich Fragen auf. Die Grundlage für den Entscheid hat

die Firma Infraconsult geliefert. Ich stelle fest, dass die Prüfkriterien wohl richtig festgelegt wurden, aber sie entsprechen nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung. Geprüft wurden Betrieb, Finanzen, Raumplanung und Landschaft. Mit keinem Wort erwähnte man die Interessen der Bevölkerung, geschweige denn diejenigen der Gemeinde. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Wir haben einen Wildkorridor hinter dem Wald. Dieser hat dazu geführt, dass ein brauchbarer Standort abgelehnt wurde. Dass die Bevölkerung hingegen rund um den Bahnhof 20 Stunden im Tag durch den Depotverkehr belastet wird, wurde mit keinem Wort in diesem Bericht erwähnt. Man hat auch keine saubere Nutzwertanalyse zur Interessenabwägung gemacht. Die vom Motionär geforderte Begleitgruppe ist wichtig und unbedingt nötig, damit man eine ausgewogene Güter- und Interessenabwägung für diesen Bau machen kann.

Ich fasse zusammen: Erstens bringt der Betrieb während 20 Stunden pro Tag rund um den Bahnhof Licht, Lärm und weitere Emissionen für die Wohnbevölkerung in diesem Raum. Wenn der Verwaltungsratspräsident der RBS die 680 Initianten als Opportunisten bezeichnet, dann hat man meines Erachtens die Flughöhe dieses Projekts nicht ganz begriffen. Ein Projekt dieser Grössenordnung wird Auswirkungen auf das Ortsbild und die Entwicklung der Gemeinde haben. Darum soll auch die Gemeinde bei der Standortwahl ihre Interessen geltend machen können. Die Entscheidungsgrundlagen für das Projekt sind aus unserer Sicht nicht ausgewogen und unvollständig. Sie berücksichtigen weder die Interessen der Gemeinde noch die der betroffenen Bevölkerung. Deshalb verlangen wir von den RBS die nötige Begleitgruppe. Aufgrund der erwarteten Widerstände wird es auch nicht so sein, dass die Standortwahl durch eine Begleitgruppe verzögert wird. Die SVP wird auch bei ziffernweiser Abstimmung beiden Ziffern zustimmen. Ich bitte Sie, die Interesse der Bevölkerung und der Gemeinde zu berücksichtigen. Dort oben sehen Sie den Gemeinderat und die Interessenvertreter der Gemeinde (*Der Redner weist auf die Tribüne.*). Es ist ihnen ein echtes Anliegen. Die Gemeinde ist auch offen, auf die Entscheide einzutreten, die die Begleitgruppe fällt. Sie ist auch bereit, bei der Standortsuche im Raum Bätterkinden mitzuhelfen. Es geht nicht darum, dass man einer anderen Gemeinde «ä Schnägg i Hosesack wott stosse». Ich bin Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mithelfen und dem Anliegen und der Motion zustimmen.

Peter Moser, Biel (FDP). Auch wir haben grosses Verständnis für die Anliegen der Betroffenen und verstehen, dass sie sich wehren. Aber auch die Antwort des Regierungsrats überzeugt uns. Wir sind der Meinung, das Vorgehen der RBS in dieser Planung sei korrekt erfolgt. Es gibt ein altes Sprichwort: «Alle wollen zurück zur Natur, aber keiner zu Fuss». Man könnte dieses hier abwandeln und sagen: «Alle wollen ÖV, aber niemand will die Konsequenzen tragen.» Mehr ÖV heisst neue Züge, längere Züge, neue Bahnhöfe, Doppelspurausbauten, und irgendwo braucht es noch eine Garage und eine Werkstatt, wo die Züge nachts untergebracht und gewisse Reparaturen und Unterhaltsarbeiten gemacht werden können. Sie wissen alle, was mit einem Zug geschieht, der nachts draussen abgestellt wird. Wie gesagt, für uns ist das Vorgehen der RBS sachlich korrekt. Aber – und jetzt kommen die Emotionen ins Spiel – immer wenn es um «Klein gegen Gross» geht, liegen die Sympathien natürlich beim Kleinen. Der Hausbesitzer, die Gemeinden oder das Quartier sind die «Kleinen» und die RBS und der Kanton die «Grossen». Dann ist der Fall schon fast klar. Das ist immer ein gefundenes Fressen, nicht zuletzt für die Medien. Der Bedarf ist gegeben; das haben alle Redner gesagt.

Dann gibt es noch die Frage der Information. Das ist immer eine Gratwanderung: Wann informieren wir? Wen informieren wir? Wie informieren wir? Vermutlich kann man erst am Schluss sagen, ob man es richtig gemacht hat, und es gibt auch immer einen besseren Weg. Aber wer A sagt und mehr ÖV will, muss irgendwann konsequenterweise auch B sagen. Das bedeutet mehr Infrastruktur. Wir haben hier im Saal zwei Vertreter – einen ehemaligen und einen aktuellen Gemeindepräsidenten –, die ein solches RBS-Depot mit den entsprechenden Arbeitsplätzen haben. Sie können sagen, dass man damit leben kann. Der Spagat zwischen einem ausgewiesenen Bedürfnis, den Interessen der Betroffenen und allen bestehenden Vorschriften und Einschränkungen – wie beispielsweise Baugesetz, Raumplanung, Fruchtfolgeflächen, Waldgesetz usw. –, verdeutlicht, dass es fast nicht mehr möglich ist, etwas zu machen. Aber «ds Füfi u ds Weggli» gibt es auch hier nicht. So bleibt letztlich die Grundsatzfrage zu beantworten, ob wir überhaupt noch Infrastrukturbauten wollen. Wollen wir noch Entwicklung, Fortschritt und Wohlstand im Kanton? Die FDP sagt ja und will Fortschritt, Entwicklung und sie will diesen Wohlstand weiterentwickeln. Konsequenterweise sind wir auch grossmehrheitlich – ich glaube mit einer Ausnahme – für die Ablehnung der Motion, auch wenn sie eventuell noch gewandelt würde.

Ernst Tanner, Ranflüh (EDU). Als EDU-Fraktion möchten wir nicht jedes Mal eine Begleitgruppe einsetzen, wenn ein Projekt Land an einem Ort benötigt, wo sowieso gebaut wird. An jedem Standort gibt es Menschen, die es trifft. Das ist leider so. Offenbar wurden aber in diesem Fall der Gemeinderat und die Bevölkerung von Bätterkinden übergangen. Die RBS haben auf ihrer Webseite falsche Aussagen gemacht. Sonst wäre nicht ein Satz entfernt worden, nachdem der Gemeinderat von Bätterkinden in einem eingeschriebenen Brief die Sachlage richtiggestellt hatte. Der gestrichene Satz lautete, der Gemeinderat habe am Evaluationsverfahren zur Standortbestimmung mitgewirkt. Es ist nicht gut, wenn Vertreter von Behörden und entsprechender Projekte Lügen verbreiten. Wir wünschen uns in Zukunft ehrliche Informationen zu erhalten. Aus Solidarität mit den Betroffenen werden wird die EDU die Motion unterstützen.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Ich hatte Anfang Januar für die EVP-Fraktion die Gelegenheit, mich aus erster Hand vom Direktor der RBS informieren zu lassen. Er zeigte uns die Planungsgeschichte ausführlich auf. Die Notwendigkeit eines Depots hat etwas mit dem Mobilitätswachstum zu tun und mit der erfreulichen Tatsache, dass der Zuwachs fast ausschliesslich mit dem ÖV aufgefangen wird. Offenbar wurden bei der Standortevaluation sehr ausführlich 24 Standorte untersucht, und es fand eine ausgewogene Gewichtung zwischen ökonomischen Kriterien und Umweltkriterien statt. Gemäss RBS gab es eine höhere Gewichtung der Umweltkriterien als bei den BLS in Riedbach. Beim BLS-Projekt in Riedbach ging es um eine Kompatibilitätsfrage mit der Raumordnungspolitik des Kantons, dem Verbrauch von Fruchtfolgefächern und der Einordnung in die Landschaft. Der Standort Leimgrube ist im Vergleich zu Riedbach keine Insellösung. Er liegt am Siedlungsrand umgeben von Gewerbezone und flankiert von einer grossen Gewerbehalle. Für die EVP-Fraktion ist darum Bätterkinden nicht Riedbach. Das raumplanerische Argument kommt hier nicht im gleichen Ausmass zum Tragen.

Insofern hat diese Motion eher eine demokratiepolitische Stossrichtung. Das ist auch der Grund, weshalb ich als Mitmotionär unterschrieben habe. Es geht um den stärkeren Einbezug der Bevölkerung und der Gemeinden bei solchen Planungsfragen. Auch wenn eine Firma ökonomisch autonom handeln kann, und es sich bei den RBS um eine privatrechtliche AG handelt, macht auch hier der Ton die Musik. Ich unterstütze zwar den ersten Punkt der Motion noch immer, wenn auch – ähnlich wie bei Daphné Rüfenacht – nicht mehr ganz mit der anfänglichen Überzeugung.

Ein Argument von Herrn Schmid, dem Direktor der RBS, hat mich nachdenklich gemacht. Wenn aus direktdemokratischen Überlegungen Standorte gewählt werden müssen, die mehr Leerfahrten zum Depot bedeuten, würde dies auch über die nächsten Jahrzehnte hinweg viele finanziellen Mittel binden und verschlingen, die dann dem ÖV insgesamt fehlen. Das ist eine finanzielle Hebelwirkung, die wir über die nächsten Jahre hinweg betrachtet nicht unterschätzen dürfen. Als Klammerbemerkung: Ich wohne an einer Barriere – oder mein Arbeitsweg kreuzt eine Barriere –, an der ich jeweils beobachten kann, wie von Burgdorf nach Oberburg die Leerfahrten erfolgen. Das sind die Züge ohne Licht, in denen aber doch ein Lokomotivführer sitzt.

Es gilt weiter zu bedenken: Wird so ein Teil benötigt, und man nimmt die Prämisse an, dass es keine Insellösung in der Landschaft geben darf, so wird das Teil irgendjemandem vor der Nase stehen. Wenn jetzt in einem solchen Begleitgruppenprozess noch ein besserer Standort gefunden würde, oder die Nebeneffekte dieses Infrastrukturprojekts gemildert werden könnten, wäre das für die EVP-Fraktion ein guter Weg. Wir möchten diesem Prozess nicht im Wege stehen. Darum werden wir Ziffer 1 unterstützen. Ziffer 2 werden die EVP-Fraktion und ich nicht unterstützen. Das Vorhaben erreicht den Koordinationsstand der Festsetzung noch nicht und wird im Richtplan nur mit dem Koordinationsstand als Zwischenergebnis in das Massnahmenblatt B04 aufgenommen. Das können Sie im Internet nachsehen. Die Überweisung in diesem Punkt würde nach unserer Sicht über das Ziel hinausschiessen.

Andrea de Meuron, Thun (Grüne). Beim Wort «Bahndepot» läuten die Alarmglocken. Wir haben alle die ursprünglich unglückliche BLS-Geschichte noch in den Ohren. Darum hat die Fraktion der Grünen grosses Verständnis für das Anliegen und auch für das vielleicht relativ rasche Einreichen eines Vorstosses zum neu geplanten RBS-Depot. Doch wer, wenn nicht die Grünen, die sich seit Jahrzehnten unermüdlich und auch erfolgreich für den Schutz des Kulturlands einsetzen, schaut dann auch genau hin, was wo geplant werden soll? Einen unnötigen Verschleiss des Kulturlands würden wir nicht akzeptieren. Darum haben wir uns, wie auch unsere Kollegen der anderen Fraktionen, intensiv mit den Unterlagen auseinandergesetzt und auch Gespräche geführt. Ich dachte eigentlich, ich müsste auch noch etwas Grundsätzliches zum ÖV und zur Legitimation, in den ÖV zu

investieren, sagen. Aber ich hörte, dies sei unbestritten. Sie alle sehen, dass es mehr Sinn ergibt, in den ÖV zu investieren, der pro Person 16mal weniger Land verbraucht als eine Person, die Auto fährt. Dabei sind die Infrastrukturen mit eingerechnet. Dazu muss ich nichts mehr sagen. Wir haben auch gehört, dass die RBS für den Ausbau des Bahnangebots ein zusätzliches Depot benötigt. Das braucht nun eben flaches Land, und das ist vielleicht die Kehrseite des ÖV.

Die Prüfung der Unterlagen und die Studien zur Standortwahl, die öffentlich zugänglich sind, zeigen nach unserer Beurteilung auf, dass die RBS sehr seriös vorgegangen sind. Aus unserer Sicht haben sie die Gemeinden mit einbezogen, wie auch die Bevölkerung und die Stiftung für Landschaftsschutz. Die Bevölkerung, wurde uns gesagt, sei dazu eingeladen worden, aus ihrer Sicht geeignete Standorte zu melden. Der jetzige Standort wurde eben gerade auch von Personen aus Bätterkinden vorgeschlagen. Man hat 24 Standorte unter Berücksichtigung der verschiedenen Kriterien beurteilt. Würden die RBS rein finanzielle Interessen höher gewichten, so hätten sie einen anderen Standort gewählt.

Vor diesem Hintergrund stellt sich uns schon die Frage, was genau eine Überweisung von Ziffer 1, der Forderung einer repräsentativen Begleitgruppe für einen geeigneten Standort, bringen soll. Man ginge wieder zurück auf Feld eins. Das sehen wir ein bisschen anders. Die Forderung erscheint uns eigentlich erfüllt. Es ist ja auch erstaunlich, dass sich kein Umweltverband gefunden hat, der sich gegen diesen Standort ausspricht. Das müsste auch nachdenklich stimmen, weil sich diese Verbände in der Regel melden, sehr kritisch sind und ihre Bedenken äussern. Doch ganz klar ist es auch für uns Grüne wichtig, dass kritische Stimmen und Bedenken der Bevölkerung ernst genommen werden. Das ist ein demokratischer Grundsatz. Es ist oft eine Frage der Kommunikation. Beim Zuhören vorhin hatte ich auch das Gefühl, dass hier unterschiedlich kommuniziert worden ist. Die einen sagen, man habe die Gemeinden und die Bevölkerung nicht einbezogen, und die anderen sagen, man habe das gemacht. Von daher erscheint es schon wichtig, dass man sich entsprechend austauscht, damit man Verständnis schaffen oder Unverständnis aus dem Weg räumen kann. Eine Begleitgruppe könnte helfen. Aber aus unserer Sicht würden wir eher eine Projektbegleitgruppe unterstützen. Deshalb kann unsere Fraktion Ziffer 1 so, wie sie jetzt ganz konkret formuliert ist, nicht unterstützen. Das sieht ebenfalls bei Ziffer 2 so aus. Dort sehen wir nach all diesen Erkenntnissen auch keinen Grund, weshalb der Standorteintrag, beziehungsweise eine Vorbemerkung im Richtplan, nicht folgerichtig wäre. Wir werden auch Ziffer 2 ablehnen.

Luc Mentha, Köniz (SP). Wir haben uns in der Fraktion auch sehr intensiv und ernsthaft mit dem Geschäft auseinandergesetzt. Wir liessen uns informieren, hatten wirklich eine Für-und-Wider-Diskussion und kamen zu folgenden Überlegungen: Ein Vergleich mit dem Fall der BLS-Werkstatt, die im Westen von Bern geplant war, ist nach unserer Auffassung nicht zulässig. Allein schon die Art der Partizipation, die von den BLS gewählt wurde, zeigt eklatante Unterschiede gegenüber der RBS. Es ging im Westen von Bern um ein deutlich grösseres Areal von 22 Hektaren. Hier sind es, glaube ich, etwa 3 Hektaren, die benötigt würden. Sie müssen sich also diese Werkstatt auf 22 Hektaren vorstellen im Verhältnis zu 3 Hektaren. Das sind immense Grössenunterschiede.

Es gibt auch raumplanerische Erwägungen, unter denen man die beiden Projekte völlig unterschiedlich betrachten muss. Im Westen von Bern betraf das Projekt, das nachher noch einmal von einer Begleitgruppe angeschaut wurde, zu hundert Prozent Landwirtschaftsland und Fruchtfolgeflächen. Zudem hätte es einen einzelnen Betrieb in seiner Existenz aufgehoben. Da gibt es schon erhebliche Unterschiede im Vergleich zu der jetzt vorliegenden Geschichte in Bätterkinden. Wenn man den Standort Bätterkinden anschaut, muss man klar feststellen, dass er offenbar bahntechnisch optimal ist; unter anderem im Zusammenhang mit den geplanten Ausbausritten. Leerfahrten werden in erheblichem Umfang vermieden und würden entstehen, wenn der Standort nicht in Bätterkinden läge.

Wir haben auch festgestellt, dass die Evaluation gestützt auf eine Abklärung von über 20 Standorten stattfand und man die Gemeinde zumindest bei der Definition der Kriterien zur Beurteilung der verschiedenen Standorte anhörte, sowie die Bevölkerung mindestens einmal orientierte und mit einbezog. Aus unserer Sicht ist der Standortentscheid fachlich gut begründet. Wir haben nach intensiven Überlegungen grösste Zweifel, dass man nach einem Neustart des Ganzen mit einer Begleitgruppe zu einem besseren und anderen Standortentscheid käme. Der Vorschlag zum Standort Leimgrube stammt übrigens aus der Bevölkerung von Bätterkinden, die im Rahmen der Standortsuche mögliche Standorte vorschlagen konnte – das nur nebenbei bemerkt.

Wir sehen ein und haben auch wahrgenommen: Es ist für die Direktbetroffenen natürlich wenig erfreulich, wenn auf einer benachbarten, heute noch grünen Wiese gebaut werden soll. Wir haben

Verständnis für die Direktbetroffenen. Aber wir glauben einfach, dass, wenn man einen anderen Standort fände, es auch dort unmittelbar Betroffene hätte, die enttäuscht wären. Oder man fände einen Standort, der völlig abseits im Grünen liegt, und würde damit etwas machen, das man gemäss der Richtplanungsgrundsätze gar nicht machen darf.

Folgendes ist der SP-Fraktion zudem wichtig: Die RBS betreiben auf dieser Linie eine der meistfrequentierten Linien der S-Bahn. Die Tendenz ist weiter steigend. Es braucht auf dieser Linie eine angemessene Depotlösung. Das kann man nicht in Frage stellen. Wir unterstützen den ÖV auf dieser ganzen Linie und finden wichtig, dass diese ÖV-Linie für den gesamten Wirtschaftsraum ein wichtiger Atout und eine wichtige Voraussetzung ist, damit wir einen funktionierenden und prosperierenden Wirtschaftsraum haben. Das Bauvorhaben benötigt zirka 3 Hektaren Land. Die Fläche befindet sich im Vergleich zu anderen Standorten bereits heute ungefähr zur Hälfte in der Arbeitszone. Man kann dort also sowieso bauen. Es gibt benachbart ein grosses Kartoffelzentrum, und das muss man auch berücksichtigen. Ich komme zum Schluss. 40 Arbeitsplätze sind ein weiterer Grund, der für uns zählt. Diese würden in Bätterkinden entstehen. Aus diesem Grund kamen wir, trotz Verständnis für die Direktbetroffenen, wie viele Fraktionen zum Schluss, dass wir diese Motion nicht unterstützen können.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprechern und Einzelsprecherinnen. Wir haben eine recht grosse Liste. Die Redezeit beträgt jeweils drei Minuten.

Christian Hadorn, Ochlenberg (SVP). Es ist wirklich ein bisschen emotional, weshalb ich hier bin. Sehen Sie, Bätterkinden liegt ein wenig neben der grossen Agglomeration von Bern, und nun gibt es dort Leute, die einfach ja und Amen sagen müssen. Ich bin ein Vertreter des öffentlichen Verkehrs. Ich wäre sogar dafür gewesen, dass man das Tram nach Köniz baut. Ich bin auch sehr froh um den Ö, denn jeder, der den öffentlichen Verkehr benutzt, steht mir auf der Strasse nicht im Weg. (*Heiterkeit*) Und Sie wissen: Wenn irgend so etwas in eine Landschaft gebaut wird, ist immer irgendjemand betroffen. Und in Bätterkinden sind, wie wir wissen, sehr viele Leute betroffen, die dort wohnen. Ich sage, es ist ein bisschen wie David gegen Goliath. Wir wissen auch, dass diese Privatbahn die rentabelste Bahn in der ganzen Schweiz ist. 9000 Leute werden pro Stunde transportiert. Wir brauchen neue Züge, wir brauchen längere Züge, und wir müssen diese irgendwo unterstellen. Damit bin ich zu 100 Prozent einverstanden. Aber, liebe Frauen und Männer: nicht auf diese Weise. Wenn man nämlich zum Ziel kommen will, muss man alle wirklich Betroffenen mit ins Boot holen. Und hier wurden die Gemeinde und die IG, die heute ungefähr 600 Leute zählt, nicht so ins Boot geholt, wie wir das gerne hätten. Wir wollen, dass gebaut werden kann. Es gäbe nämlich noch einen Standort weiter unten. Der Bauer würde für das Land, das man kaufen könnte, von einem anderen Bauern Land als Ersatz erhalten. Daran hat man vielleicht noch gar nicht gedacht. Ich hoffe, es werde ein gutes Depot gebaut, aber mit der Begleitung von uns als Bevölkerung. Deshalb bitte ich Sie, Ziffer 1 anzunehmen, weil dadurch das Verfahren ganz klar beschleunigt und nicht verlangsamt wird.

Beat Giaume, Ittigen (FDP). Ich lege es offen: Ich bin Verwaltungsrat der RBS. Aber ich bin nicht der Kantonsvertreter, wie es in Ziffer 1 steht, sondern das ist der jetzige Generalsekretär der BVE, und bis Mitte letzten Jahres war es die ehemalige Generalsekretärin der BVE. Ich kann sagen, dass der Verwaltungsrat nicht aus Leuten zusammengesetzt ist, welche die Bevölkerung nicht ernst nehmen. Zum Beispiel hat der Vizepräsident die ganze Glattalbahn in Zürich realisiert und kennt die Anliegen und Interessen der Bevölkerung. Er weiss, dass diese ernst genommen werden müssen. Deshalb war das auch im Verwaltungsrat von Anfang an immer wieder ein Thema: Wie werden die Bevölkerung und die Gemeindebehörden ernst genommen? Ich habe Verständnis für die Anliegen der Gemeinde. Als ehemaliger Gemeindepräsident von Ittigen weiss ich, was das bedeutet. Ich musste auch mit der Post eine Lösung zur Schliessung der Poststelle in Ittigen finden. Wir erhielten innert kürzester Zeit hunderte von Unterschriften gegen eine Schliessung der Post, und mussten Lösungen suchen.

Der Bedarf für ein Depot ist nicht bestritten, und auch die Antwort des Regierungsrats ist eigentlich klar. Im ganzen Prozess sind wir seitens RBS mehrstufig vorgegangen. Das ist klar dargelegt. Das Worblental wurde bald einmal ausgeschlossen. Auf die Gründe möchte ich nicht eingehen. Am Anfang analysierten wir sogar 33 Industriestandorte im ganzen Gebiet darauf hin, ob sie in Frage kämen. Es gab überhaupt keinen, der bestens geeignet gewesen wäre. Man wählte dann das zweite Verfahren entlang des Streckennetzes und fand zuerst in der Limpachtalebene einen Standort. So

ging man 2016 auf die Gemeinde zu. Wenn man sagt, man habe mit der Gemeinde nicht gesprochen, so stellt sich immer auch die Frage, mit wem man wie gesprochen hat, und wer einbezogen wurde. Man kann nicht sagen, die Gemeinde sei gar nicht einbezogen worden. Immerhin fanden seit 2013 – so sind wir im Verwaltungsrat informiert – Gespräche mit mehreren Vertretern der Gemeindebehörden oder auch mit einzelnen Vertretern statt. Die öffentliche Information erfolgte im Mai 2016. Daraufhin kam die Aufforderung, andere Vorschläge einzubringen. Aus diesen wurde der Standort auserkoren, der heute vorliegt. Das geschah auch aufgrund der Studie, die anschliessend gemacht wurde. Die RBS hat aber der Gemeinde meines Wissens nie Vorgaben gemacht – anders als damals bei mir mit der Post –, wann oder wie die Bevölkerung zu informieren sei. Aus dieser Sicht war die RBS eigentlich sehr zurückhaltend bezüglich Vorgaben. Wir wissen aus dem Planungswesen, dass bei Verfahren zur Ortsplanung zuerst ein Perimeter festgelegt wird, und man anschliessend auf die Direktbetroffenen zugeht. Ich wäre froh, wenn Sie die Motion ablehnen würden, auch wenn ich Verständnis dafür habe. Die RBS wird für sämtliche weiteren Schritte enger mit der Bevölkerung und den Gemeindebehörden zusammenarbeiten.

Andrea Gschwend-Pieren, Lyssach/Oberburg (SVP). Wir haben schon viele Argumente gehört, die ich nicht wiederholen möchte. Ich möchte aber das Votum des Kollegen Grimm hervorheben. Er betonte, die einen würden sagen, sie wären nicht begrüsst worden, und die anderen würden sagen, sie hätten alle begrüsst. Ja, wenn man das so ausdrücken will, kann man schon sagen, alle wären begrüsst worden. Und zwar mit den Worten – ich zitiere: «Die 650 Opportunisten der Interessengemeinschaft interessieren uns hier beim RBS nicht.» Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, verstehe ich nicht unter einer demokratischen Diskussionskultur. Die IG zählt immerhin rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Das würde in der Stadt Bern rund 30 000 Menschen entsprechen. Ich betone: 30 000 Menschen! Der Kollege Riem spricht vom Einbezug von Betroffenen. Was ist denn so falsch daran, bei grossen und bedeutenden Projekten die Betroffenen einzubeziehen und damit zu versuchen, von Anfang an einen Konsens herzustellen? Die Motion will nichts mehr als den Einsatz einer Begleitgruppe von Beginn des Prozesses an. Unter dem Strich kostet das nicht viel Zeit, sondern spart viel Zeit, weil es den Gang ans Bundesgericht verhindern kann. Ich bitte Sie: Nehmen Sie diese Menschen ernst, hören Sie sie an und geben Sie ihnen die Gelegenheit zum frühzeitigen Einbezug und zur frühzeitigen Mitsprache. Danke für Ihr Ja zu dieser Motion.

Ulrich Stähli, Gasel (BDP). Ich bin mir bewusst, die Meinungen sind wahrscheinlich schon gemacht. Erlauben Sie mir trotzdem ein paar Worte als ehemaliges Mitglied der Begleitgruppe BLS. Sie haben auch die Ansichten von Luc Mentha und Peter Moser gehört. Beide waren Begleitgruppenmitglieder, beide haben hier als Fraktionssprecher gesprochen. Beide haben grosse Erfahrung. Wir haben nämlich zusammengerechnet mehr als eine Woche in dieser Begleitgruppe debattiert. Ich weiss also, wovon bezüglich so einer Begleitgruppe gesprochen wird.

Diese beiden Projekte sind nicht vergleichbar. Bei der BLS wollte man auf 22 Hektaren Fruchtfolgefläche einen isolierten Inselstandort planen. In Bätterkinden plant man zum Teil auf dem einzig verfügbaren Industriestandort, angebunden an den Bahnhof. Genau das wird aus Sicht der Raumplanung gefordert. Ein allenfalls neuer Standort im Wald – wie er bei den BLS schlussendlich möglich wurde – wird vom Waldgesetz her hier nicht möglich sein, weil eine gute Alternative in Bätterkinden vorhanden ist. Auch ein Standort, der nur Fruchtfolgeflächen beansprucht – und darauf wird es schliesslich bei einem neuen Standort hinauslaufen –, ist kaum mehr möglich. Ich bin heute überzeugt, auch eine Begleitgruppe, wie sie gefordert wird, werde den vorliegenden Standort bestätigen. Zuhanden des Protokolls und auch ein bisschen zuhänden der Tribüne möchte ich die betroffene Bevölkerung auffordern, ihre Interessen dann in der angekündigten Begleitgruppe für die Planung an diesem Standort wahrzunehmen. Die RBS ist nämlich gewillt, die Bevölkerung bei der Planung und Ausführung einzubeziehen. Hier gilt es dann, ein Optimum herauszuholen. Wenn die IG Bätterkinden in der versprochenen Begleitgruppe ebenso gut lobbyiert wie bei der Standortfrage, dann wird vieles gelingen; da bin ich ganz sicher. Die RBS bitte ich, der Bevölkerung den Standortentscheid glasklar und mit Fakten ungeschönt zu dokumentieren. Bitte lehnen Sie diese Motion auch aus Sicht des Kulturlandschutzes ab. Es wird dabei nichts Besseres herauskommen.

Patrick Freudiger, Langenthal (SVP). Liebe Vertreter aus der Gemeinde Bätterkinden, die Sie sich die Mühe genommen haben, heute hierher zu kommen, Sie wurden noch nicht begrüsst. Das steht vielleicht auch ein bisschen sinnbildlich für den mangelnden Einbezug der Betroffenen, über den wir heute reden. Es wurde zuvor erwähnt, die RBS seien ein Privatunternehmen. Das ist ein bisschen

symptomatisch. Wenn es um Lohnhöhen des Kaders geht, ist die RBS ein Privatunternehmen, das konkurrenzfähig mit der Privatwirtschaft sein muss. Wenn es darum geht, dass die RBS ein Vorhaben mit planungsrechtlich weitreichendem Charakter machen kann – ein Vorhaben, das ein Privater so vielleicht nicht durchbringen könnte –, dann kommt plötzlich der hehre öffentliche Auftrag. Dann ist man nicht mehr ganz privat, sondern ein Betrieb mit öffentlichen Aufgaben. Diese Problematik ist bekannt und zeigt ein bisschen, dass der Akzent beim Unternehmen dort gesetzt wird, wo man mehr profitieren kann. Aber wenn man sich schon auf den öffentlichen Auftrag beruft, müsste auch die nötige Sensibilität an den Tag gelegt werden. Wer ein grosses Planungsvorhaben verwirklichen will, muss die Betroffenen einbeziehen. Das hat man hier nicht ausreichend gemacht.

Wir haben von der Vorrednerin Andrea Gschwend gehört, wie sie sich geäussert hat. Sie war konkret bei diesen Gesprächen dabei. So macht man das. Und auch die Gemeinde – und das ist hier vielleicht auch ein bisschen eine Ausnahme – sagte, sie sei nicht einbezogen worden, zumindest nicht genügend. Vielleicht konnte man ein bisschen etwas zu den Richtlinien sagen, aber das reicht einfach nicht; deshalb diese Motion. Sie fordert eine Begleitgruppe und damit das, was man von Anfang an hätte machen sollen: Alle relevanten Interessengruppen, auch die Naturschutzverbände, sollten zu Wort kommen und ernst genommen werden. Das wird selbstverständlich nicht bei jedem Vorhaben, das ein bisschen grösser als der Normalfall ist, der Fall sein. Das Ziel ist nicht, dass künftig bei jedem kostenintensiven Vorhaben eine Begleitgruppe eingesetzt werden muss. Aber wenn man etwas in einem Richtplan anmelden muss, weil es derart wichtig ist – und man weiss auch, dass die Richtplanfestsetzung das öffentliche Interesse präjudiziert –, macht es doch Sinn, die Betroffenen frühzeitig einzubinden. Dann ist man vielleicht auch eher bereit, das Ergebnis zu akzeptieren. Wer es lesen wollte, konnte es in der Zeitung «Der Bund» lesen. Herr Reinhard von der IG Bätterkinden sagte, wenn man nach einem fundierten Evaluationsprozess zum gleichen Schluss komme, werde er den Entscheid akzeptieren. Da sind nicht Querulanten am Werk, sondern Leute, die ernst genommen werden wollen. Wenn es jetzt einfach heisst, die Begleitgruppe bringe genau wieder dasselbe Ergebnis zustande, und das wäre nur ein Tranquilizer, muss ich sagen: So einfach ist es nicht!

Der RBS arbeitet in seiner hochgelobten Studie mit Ampelkriterien statt einer vertieften Nutzwertanalyse. Man konnte sogar bei den Ampelkriterien sehen, dass Fruchtfolgeflächen tangiert werden und der Standort lärmschutzrechtlich höchst suboptimal ist. Es ist folglich alles andere als sicher, ob das der beste Standort ist. Es ist im Gegenteil üblich, dass ein Unternehmen immer sagt, es habe den besten Standort gefunden. Nachher wird vertieft evaluiert – bei Riedbach geschah es genauso –, und dann hat man einen neuen Standort und merkt plötzlich, dass der als ursprünglich gut erachtete Standort gar nicht der ideale Standort ... (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen.*) Ich mache den Satz noch fertig, und es bleibt wirklich bei dem Satz. Damit man auf die Idee kommt, einen besseren Standort zu finden, muss man eben vertieft prüfen. Ich danke für die Zustimmung zur Motion.

Präsident. Atmen Sie eigentlich beim Sprechen? (*Heiterkeit*) Ich habe ständig auf eine Pause gewartet, um etwas zu sagen. Als Nächster spricht Grossrat Seiler. Ich schliesse anschliessend die Liste.

Michel Seiler, Trubschachen (Grüne). Die grosse Herausforderung der nahen Zukunft hier und überall wird nicht die sein, möglichst schnell von A nach B zu kommen, sondern dass wir weltweit genügend und gesunde Nahrung in einer gesunden Landwirtschaft produzieren können. Wir dürfen nicht mehr den Luxus der schrankenlosen Mobilität – ob individuell oder öffentlich – auf Kosten des Kulturlands ausbauen; weder heute, noch morgen, noch übermorgen. Es reicht nicht, liebe Umweltfreunde, dass wir dafür ein Bächlein renaturieren, damit sich die «Glögglifrösche» wohlfühlen können. Ich wünsche mir hier von allen Räten in allen Bereichen – und nicht nur in ihrem «Gärtli» – mehr ganzheitlichen Weitblick. Ich stimme beiden Ziffern aus grundsätzlichen Überlegungen zu.

Ursula Brunner, Hinterkappelen (SP). Es scheint, als seien wir im Kanton Bern jetzt auch im Zeitalter der alternativen Fakten angekommen wie in Amerika – super! Tatsache ist, dass die Meinungen ganz klar auseinandergehen, je nachdem, mit wem man spricht. Erstaunlich ist, dass keiner der Motionärinnen und Motionäre mit den RBS selber ein Gespräch geführt hat. (*Vereinzelte Widerspruchsbekundungen aus den Reihen der Grossräte und Grossrätinnen.*) Das ist das Zeitalter der Fakten. Ich weiss es auch nicht. Es wurde uns so gesagt. Ganz klar möchte ich einfach auch darauf hinweisen, dass die Begleitgruppe, die mehrmals moniert wurde, jetzt bei der Ausgestaltung des

Projekts eingesetzt werden soll, was ich durchaus sinnvoll finde. Wenn die Projektgruppe zu den 25 Standorten, die evaluiert wurden, Stellung nehmen müsste, dann würde das bedeuten, dass es entweder 25 verschiedene Begleitgruppen an den 25 verschiedenen Standorten geben müsste, oder man muss aus allen Standorten Leute beiziehen.

Es ist wirklich eine verkehrte Welt. Ich als Anhängerin der Partizipation, die so manches Mal darum gerungen und Sachen in dieser Richtung durchgeführt hat, stehe plötzlich auf der anderen Seite. Wie man mir oder uns von der SP-Fraktion in einem Brief der Bätterkinder IG mitgeteilt hat, sind wir antidemokratisch. Das sind harte Geschosse, die da von Leuten aufgefahren werden, die für sich beanspruchen, sie wüssten, was Demokratie sei.

Ein weiterer Fakt, auf den ich hinweisen möchte, betrifft die Tatsache, dass das Projekt, über das wir sprechen, ein eigener Erfolg der Mitsprache ist. Wenn ich richtig informiert bin, war es beim zweiten Treffen, als die Idee zu diesem Standort aus der Bevölkerung kam. Was soll man denn noch mehr mitsprechen? Ich verstehe das echt nicht. Noch eine Bemerkung zu dem Satz, der angeblich von der Webseite gestrichen wurde. Auch hier: Lesen Sie einmal nach! Der Satz wurde ein wenig angepasst. Wie wir beim Hearing mit den RBS informiert wurden, soll es so gewesen sein, dass zu den Kriterien sowohl der Gemeinderat als auch die Naturverbände eine Mitsprache hatten und sogar eigene Kriterien sowie deren Gewichtung einbringen konnten. Nach diesen Kriterien wurden anschliessend die Standorte evaluiert. Was soll denn noch mehr gemacht werden? Ich sehe wirklich nicht, was falsch gelaufen sein soll. Der Satz wurde ein wenig angepasst, weil man den Leuten entgegenkommen wollte. Aber beinhaltet immer noch die Aussage, dass es eben ein Prozess war, der aus der Bevölkerung kam.

An diesem Standort hat es jetzt schon Industriegelände. Es wurde mehrmals darauf hingewiesen. Technische Probleme, die entstehen, sind lösbar. Die Mitsprache sollte jetzt beginnen. Die IG, der Gemeinderat und weitere Interessierte sind eingeladen. Machen Sie das doch, um Himmels Willen, und finden Sie eine gute Lösung für diesen Standort!

Präsident. Ich übergebe das Wort Frau Grossrätin Gschwend, damit sie sich kurz in einem Satz zu etwas äussern kann, auf das sie angesprochen wurde.

Andrea Gschwend-Pieren, Lyssach/Oberburg (SVP). Liebe Kollegin Brunner, wenn du mir zuvor zugehört hast, so wie ich dir: Ich habe das Gespräch mit den RBS geführt. Ich bin Mitmotionärin und habe mit dem CEO, Herrn Schmid, gesprochen und mit Kurt Fluri, dem Verwaltungsratspräsidenten. Ich habe als Mitmotionärin das Gespräch mit den RBS geführt.

Adrian Wüthrich, Huttwil (SP). Wir kommen in dieser interessanten Diskussion zu verschiedenen Schlüssen. Ich glaube, die Lücke zwischen denen, die eine weitere Überbrückung möchten und denen, die keine Begleitgruppe möchten, ist gar nicht so gross. Wenn ich Christian Hadorn richtig zugehört habe, geht es vor allem darum, dass man einen neuen Standort noch einmal überprüft: einen Standort, wo offenbar ein Bauer bereit wäre, Land im Gegenzug zu einem Abtausch abzugeben. Wenn es nur um diesen Standort geht, kann man das in meinen Augen sicher noch prüfen. Aus meiner Sicht ist es auch nicht nötig, ein vorbildliches Verfahren im Stil der BLS noch einmal durchzuführen, indem man eine Begleitgruppe à la BLS bildet, wie wir das beim Grossprojekt hatten, bei dem offenbar nach Ausführungen der Kollegen über 20 Hektaren betroffen waren. Ich glaube, hier könnte man ein abgespeckteres Verfahren wählen, wenn man von Seiten der RBS noch einmal mit der Bevölkerung spricht und den Gemeinderat noch einmal einbezieht. In dem Sinn werde ich der Motion zustimmen.

Wenn wir von einem Fünftel des BLS-Projekts reden, dann kann man sich sicher auch ein Fünftel des Aufwands leisten. Ich könnte mir auch vorstellen, dass mit der geplanten Begleitgruppe, die es jetzt für den Bau des Depots geben soll, in einer ersten Sitzung der Standort noch einmal anschaut wird. Diejenigen, die den Standort möchten, könnten das auch in der Mitwirkung eingeben, die bis am 8. März läuft, wie die Regierung schreibt. Das wäre sicher in dem Verfahren, wie es vorgesehen ist, auch möglich. Den Motionären und Motionärinnen und der IG geht es ja nicht darum, sich gegen den ÖV zu richten. Ich nehme sie beim Wort, denn wir machen das auch für Bätterkinder. Und da möchte ich die RBS doch noch in Schutz nehmen. Die RBS hören auf die Bevölkerung. Bätterkinder und die Region erhalten in Zukunft einen sensationellen ÖV-Anschluss ab Bätterkinder. Derart gegen Bätterkinder sind die RBS also offenbar nicht. Ich möchte hier helfen und mache den Vorschlag, dass man in einem Light-Verfahren den Standort, um den es noch ginge, diskutieren kann. Rein rechtlich gesehen muss man schon noch klar sagen, dass wir bei anderen Gelegenheiten im-

mer von Aktionärsrecht sprechen. Wir besitzen 35 Prozent an den RBS. Der Kanton Bern kann den RBS keine grossen Vorschriften machen. Hier geht es darum, ein Zeichen zu setzen. Wenn ich es richtig verstehe, müssen die RBS anschliessend selber entscheiden, was sie mit dem heutigen Entscheid des Grossen Rats tun. Es liegt bei den RBS, und ich glaube, mit 35 Prozent können wir ihnen auch als Grosser Rat nicht viel vorschreiben. In dem Sinn werde ich der Motion zustimmen. Dies in der Hoffnung, dass man hier mit einem Light-Verfahren doch noch die Bätterkinderinnen und Bätterkinder ins Boot holen kann.

Fritz Ruchti, Seewil (SVP). Ich spreche hier nicht für die Gemeinde Bätterkinden, und ich spreche auch nicht gegen den Verwaltungsrat der RBS, weil ich mit beiden Parteien nicht gesprochen habe. Ich äussere mich hier in Bezug auf die Folgen für die Fruchtfolgeflächen des Bodens. Sehen Sie, mich beschäftigt Folgendes: Obwohl wir sagen, wir wollten restriktiv sein, verbauen wir in der Schweiz jede Sekunde einen Quadratmeter. Beat Giauque hat die Notwendigkeit für diesen Fall aufgezeigt. Es muss sein, und der Standort ist evaluiert. Ich glaube das auch. Aber, liebe Anwesende, ich spreche hier als Bauer, und der Standort befindet sich wirklich auf bester Fruchtfolgefläche und bestem Boden. Wenn Ueli Stähli, der sonst eigentlich auch auf meiner Linie politisiert, sagt, die Hälfte des Areals befände sich bereits in der Arbeitszone, dann stimmt das schon. Aber wenn diese Arbeitszone überbaut ist, muss die Gemeinde Bätterkinden weiteren Boden einzonen, wenn sie sich entwickeln will. Kann mir jemand plausibel machen, dass auch von den Böden und den Fruchtfolgeflächen her von Bern bis Solothurn alles abgecheckt wurde, und es nirgendwo einen anderen Standort gibt? Dieser Boden hat 100 Punkte, und ich kenne keinen besseren Boden. Ich führe meine sämtlichen Kartoffeln nach Bätterkinden und kenne den Boden. Ich kenne Utzenstorf, und ich kenne Bätterkinden: solche Böden gibt es keine mehr. Bevor wir diese verbauen, möchte ich gerne, dass man den Standort noch einmal prüft. Wir haben dazu auch einen Auftrag vom Bund. Es gibt nämlich einen Kriterienkatalog, der abgecheckt werden muss, wenn man Fruchtfolgeflächen verbauen will. Gibt es noch andere Standorte, ja oder nein? Wenn es andere Standorte gibt, die auch valabel sind, sollten diese einbezogen werden. Ob dann Bätterkinden das will oder nicht, überlasse ich Bätterkinden, und wo schliesslich die RBS effektiv bauen werden, überlasse ich den RBS. Aber, lieber Beat und liebe RBS, bezieht dieses Votum bitte noch in eure Entscheidungen ein. Unsere guten Böden in der Schweiz werden tagtäglich weniger.

Präsident. Ich übergebe das Wort Frau Regierungsrätin Egger.

Barbara Egger-Jenzer, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin. Es wurde sehr viel gesagt, und ich versuche dies zusammenzufassen. Die RBS brauchen ein neues Depot. Das Unternehmen ist ein wichtiger Partner der Berner S-Bahn und betreibt die am meisten frequentierten Linien. Weil unsere Mobilität wächst, muss auch die RBS wachsen. Das Unternehmen braucht zusätzliche Züge, die wiederum ein neues Depot erfordern. Die Züge müssen gereinigt, gewartet und in der Nacht eingestellt werden. Wie bei den BLS geht es aber auch beim vorliegenden Geschäft nicht einfach nur um ein Depot oder eine Werkstatt, sondern es geht ganz konkret um die Zukunft und die Weiterentwicklung der Berner S-Bahn. Ohne neue Depots und Werkstätten ist die Weiterentwicklung der S-Bahn Bern nicht möglich. Ich glaube, wir wollen das alle nicht. Als Verkehrsdirektorin bin ich deshalb froh, dass Sie alle diese Notwendigkeit erkannt haben, liebe Grossrätinnen und Grossräte. Wir brauchen ein neues RBS-Depot. Es freut mich, dass das auch von den Motionären nicht bestritten wird.

Abgesehen davon, dass sowohl die BLS wie auch die RBS neue Depots benötigen, sind die beiden Fälle in keiner Art und Weise vergleichbar. Anders als die Vorstösse zur BLS vor etwas mehr als einem Jahr ist das vorliegende Anliegen unbegründet und die Motion darum abzulehnen. Warum? Erstens ist das Vorhaben der RBS von der Dimension her viel, viel kleiner als das BLS-Projekt. Das RBS-Depot benötigt gut 3 Hektaren, also fünfmal weniger als das BLS-Depot. Dieser Unterschied erscheint mir sehr wichtig. Wir müssen sehr aufpassen, dass wir jetzt nicht bei jedem Infrastrukturvorhaben von Transportunternehmungen, oder auch bei andern Vorhaben, immer gleich eine politische Begleitgruppe einsetzen wollen. Ich muss Ihnen sagen, dass dies absolut nicht verhältnismässig wäre. Solche Begleitgruppen sind sehr aufwändig und alles andere als billig; insbesondere, wenn man noch Experten beiziehen muss. Begleitgruppen sind darum bei besonders schwierigen und besonders grossen Projekten – wie jenem der BLS – zweckmässig. Bei kleineren und normalen Vorhaben sind sie übertrieben. Im Normalfall reicht nämlich das ordentliche Bewilligungsverfahren aus. Wir haben hier von einzelnen Sprechern fast den Eindruck vermittelt erhalten, es gäbe gar kein

Bewilligungsverfahren, und niemand habe etwas dazu zu sagen. Jedes Infrastrukturprojekt – jedes –, ob privat oder öffentlich, hat ein Bewilligungsverfahren zu durchlaufen. Wir haben es gehört: Die Betroffenen und Interessierten haben im Rahmen dieses Verfahrens, das ordentlich in Gesetzen geregelt ist, die Möglichkeit der Mitwirkung.

Zweitens haben die RBS mit dem Standort Leimgrube in Bätterkinden bereits den richtigen Platz für ein neues Depot gefunden. Es handelt sich um ein Areal, das heute bereits teilweise Industrieland ist. Es geht nur relativ wenig Landwirtschaftsland verloren. Der Standort führt zu keiner Insellösung und grenzt nahtlos an das bestehende Siedlungsgebiet. Es gibt also keine Konflikte mit dem Waldgesetz und dem Natur- und Landschaftsschutz. Verschiedene von Ihnen hatten in den letzten Wochen die Gelegenheit, das Areal zu besichtigen. Ich bin überzeugt: Diejenigen, die es gesehen haben, pflichten mir bei, dass der Standort für dieses Vorhaben ideal ist.

Drittens ist eine Begleitgruppe für die Standortsuche, wie sie Ziffer 1 der Motion fordert, nicht notwendig. Anders als der Vorstosstitel suggeriert, haben die RBS bereits ein sehr gründliches und transparentes Verfahren für die Standortsuche durchgeführt. Sie haben insgesamt 24 Standorte untersucht und sie anhand von 28 breitgefächerten Kriterien beurteilt. Sie haben die Kriterien mit der Stiftung für Naturschutz abgesprochen und den Gemeinderat, die Betroffenen und auch die Öffentlichkeit angemessen informiert und teilweise beigezogen. Die RBS haben damit bewiesen, dass dieser Prozess für sie keine Alibiübung ist. Sie haben ihren ursprünglich favorisierten Standort aufgegeben, der sich mitten auf einer grünen Wiese befunden hätte, und zum Schutz des Kulturlandes den Standort Leimgrube übernommen.

Aus den genannten Gründen lehnt der Regierungsrat den vorliegenden Vorstoss ab. Dieser bringt ausser Kosten und vor allem falschen Hoffnungen für die Direktbetroffenen nichts. Die RBS haben bei der Standortwahl gut gearbeitet und zum Glück auch einen geeigneten Standort gefunden. Eine Begleitgruppe für eine erneute Standortsuche zur Wiederholung dieser Standortsuche braucht es darum nicht. Ich bitte Sie deshalb, auch Ziffer 1 abzulehnen, die eine Begleitgruppe zur Standortsuche explizit fordert. Durchaus sinnvoll ist aber eine Begleitgruppe bei der Ausarbeitung des Bauprojektes in Bätterkinden. Das ist ja dann der nächste Schritt. Zur Einsetzung einer solchen Begleitgruppe ist die RBS bereit und hat das bereits öffentlich bekundet und bestätigt. Der Gemeinde Bätterkinden und den Betroffenen rate ich darum sehr, in einer solchen Begleitgruppe dann auch mitzumachen. Aus meiner Erfahrung als Baudirektorin weiss ich, dass derartige Prozesse immer gute Chancen bieten, um die Anliegen der Betroffenen aufzunehmen und die Projekte zu optimieren. Bei den RBS handelt es sich um eine Schmalspurbahn, die sehr nahe zu den Dörfern und teilweise sogar in die Dörfer und Gemeinden fährt. Vergleichbare Depots gibt es auch anderswo im Siedlungsraum, zum Beispiel in Worb und Worblaufen oder für Trams von Bern-Mobil in der Stadt Bern. Mit gutem Willen, der in grossem Ausmass vorhanden ist, lassen sich Lösungen finden, die es den RBS erlauben, das dringend benötigte Depot zu bauen und zu betreiben, ohne die Lebensqualität der Betroffenen in Bätterkinden stark zu beeinträchtigen. Ich bitte Sie darum, den RBS die Chance zum Weiterfahren zu geben, eine Begleitgruppe für das Bauprojekt einzusetzen und beide Ziffern der Motion abzulehnen.

Präsident. Ich übergebe das Wort dem Motionär.

Hugo Kummer, Burgdorf (SVP). Es wurde wahnsinnig viel gesagt. Ich danke Ihnen für die angeregten Voten und vor allem für die Diskussionen. Es kam noch selten vor, dass wir 18 Sprecher hatten. Da sieht man, wie wichtig gleichwohl die ganze Sache ist. Stellen Sie sich einmal vor: Der Gemeinderat von Bätterkinden hält eine Gemeindeversammlung ab; die Bevölkerung ist besorgt; man spricht von einem neuen Bahnhof; man spricht von einem Wendepunkt; man spricht von einer Zweispurigkeit; man spricht von einem Viertelstundentakt; man spricht von einem neuen Depot, und der Gemeinderat kann die Bevölkerung überhaupt nicht orientieren, weil er nichts weiss. Ist das eine Art der Zusammenarbeit, wie sie heute stattfinden muss? Für mich ist das nicht transparent. Für mich ist es unbedingt eine Bedingung, dass der Gemeindepräsident die Bevölkerung orientieren kann. Wenn ich die Planung einer Überbauung machen will, muss ich als erstes an die Gemeinde gelangen und ihr die Planung vorlegen: Hier sind die Blöcke, hier die Parkplätze, hier die Einstellhalle. Da muss ich doch auf die Gemeinde zugehen! Dieses Vorgehen wurde hier eindeutig nicht befolgt. Bei den Richtlinien durfte die Gemeinde am Anfang etwas sagen und danach nichts mehr. Das ist einfach nicht die Art, wie man heute zusammenarbeitet. Das stört uns. Aus diesem Grund sollte die Gemeinde noch einmal etwas dazu sagen dürfen. Aus diesem Grund wollen wir die Begleitgruppe, damit das noch einmal diskutiert werden kann. Ich hörte auch vom Gemeindepräsidenten

ten und von der IG, es gäbe in Bätterkinden einen anderen Standort, über den man absolut noch diskutieren könnte. Falls es nach dieser Diskussion beim jetzt vorgeschlagenen Standort bleibt, ist es halt so. Aber dann kann der Gemeindepräsident auch die Gemeinde und die Bürger orientieren, wie es weitergeht.

Ich äussere mich noch kurz zu einigen Punkten. Die BDP hat Angst erwähnt. Wir müssen keine Angst haben. Wenn man das Vorhaben anständig und richtig aufgleist, muss man überhaupt keine Angst haben. Man muss Gespräche führen, und das führt zu Zielen. 35 Prozent der RBS gehören dem Kanton Bern. Immerhin haben 35 Prozent auch eine Gewichtung. Das muss man auch wahrnehmen. Die FDP hat die Frage eingebracht, wann und durch wen informiert werden soll. Da geht es eben genau darum, wie der Gemeindepräsident informieren soll, wenn er keine Informationen hat.

Zurück auf Feld eins, wie von den Grünen moniert wurde: Ich bin nicht überzeugt, dass wir auf Feld eins zurück müssen. Es wurde schon sehr viel gemacht. Aber beziehen Sie diese Gruppen ein, sprechen Sie noch einmal über das geplante Vorhaben, und dann kann man das Ziel erreichen. Die SP sprach die 40 Arbeitsplätze an. Das ist uns ganz klar. Wir wollen diese nicht verhindern. Wir wollen diese Arbeitsplätze. Aber so, wie es aufgegleist wurde, ist es nicht gut. Man kann es besser machen. Aus diesem Grund wäre ich froh, wenn Sie die Motion unterstützen.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen ziffernweise ab, das heisst zweimal und in beiden Ziffern als Motion. Wer Ziffer 1 der Motion annehmen will, stimmt ja, wer das nicht will, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 1)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	65
Nein	74
Enthalten	12

Präsident. Sie haben Ziffer 1 abgelehnt. Wir kommen zu Ziffer 2 der Motion. Wer diese annehmen will, stimmt ja, wer das nicht will, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 2)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	61
Nein	80
Enthalten	10

Präsident. Sie haben Ziffer 2 abgelehnt. Damit sind wir am Ende der Geschäfte dieser Direktion angelangt. Ich wünsche Frau Regierungsrätin Egger einen schönen Nachmittag.